

## **Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung (StVV) vom 14.6.2024**

### **Ausbilden statt Abschieben - Solidarität mit Serhat Ü.**

Die Sitzung begann mit einem Antrag aller Fraktionen, vorgestellt von der Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Neuwohner, in dem die kürzlich erfolgte Abschiebung von Serhat Ü. durch das RP Gießen kritisiert wurde. Serhat war in Marburg zur Schule gegangen und hatte einen Ausbildungsplatz bei einem heimischen Handwerksbetrieb in Aussicht. In dem interfraktionellen Antrag heißt es u.a.: „Mit Blick auf den vielfach diskutierten Fachkräftemangel ist es völlig unverständlich, dass ein gut integrierter junger Mann mit der festen Zusage auf einen Ausbildungsplatz kein Bleiberecht erhalten hat.“ Zudem wird der Magistrat aufgefordert, sich für eine Rückkehr von Serhat einzusetzen. Viele Mitschüler\*innen und einige Lehrer\*innen waren im StVV-Sitzungssaal anwesend, nachdem am Tag zuvor viele Menschen auf einer Kundgebung sich mit Serhat Ü. solidarisiert hatten.

### **Kinder- und Jugendparlament mit engagierten Berichten**

Turnusgemäß berichtete das Kinder- und Jugendparlament zu Beginn der Sitzung über seine Aktivitäten. Vertreter\*innen des Vorstands um Qays El-Hamdan berichteten von vielfältigen Aktionen wie der Schulranzen-Aktion, diversen Fahrten sowie u.a. von einem Besuch von Bundeskanzler Scholz. Zudem erhoben die Kinder und Jugendlichen auch die langjährige linke Forderung nach einem Nulltarif im Busverkehr in Marburg. Die engagierten Reden der zum Teil erst neunjährigen Vorstandsmitglieder beeindruckten die Stadtverordneten sichtlich.

### **Zwei Dringlichkeitsanträge: Schließung der Verwaltungsaußenstellen und Frieden im Nahen Osten**

Zu Beginn der Sitzung stimmte die Fraktion Die Linke für die Dringlichkeit von zwei Anträgen der CDU/FDP/BfM und der Marburger Linken und Piraten (MLP). Zum einen, weil die Schließung von drei Verwaltungsaußenstellen in den Stadtteilen Cappel, Marbach und Wehrda kritisch zu sehen ist. Der Überlegung des Magistrats, stattdessen ein mobiles Stadtbüro für die Stadtteile zu entwickeln, verschließt sich Die Linke nicht. Dennoch bleibt die Schließung der bestehenden Außenstellen falsch.

Zum anderen unterstützte die Fraktion Die Linke einen Antrag der MLP-Fraktion für einen gerechten Frieden im Nahen Osten, einen sofortigen Waffenstillstand und den

Einsatz für eine Zweistaatenlösung. Im Vorfeld hatte Die Linke als lokalen Beitrag für Aussöhnung und eine friedliche Konfliktlösung vorgeschlagen, die Stadt solle vor Ort Verständigungsprozesse und Begegnungen von Israelis und Palästinenser\*innen, z.B. in Form eines mittelfristigen Schüler\*innenaustauschs einer Marburger Schule mit Schüler\*innen aus Israel und Palästina fördern. Bei beiden Anträgen wurde die Dringlichkeit allerdings mehrheitlich verneint, sie kamen somit nicht auf die Tagesordnung.

### **Debatte um PKW-Abschaffungsprämie wird zur Generaldebatte um Move35**

Mit Spannung wurde die Debatte um eine Vorlage des Magistrats erwartet, mit der Autobesitzer\*innen zukünftig eine Prämie erhalten sollen, wenn sie ihren PKW für ein Jahr abmelden. Stadtrat Michael Kopatz (Klimaliste) eröffnete die Aussprache und warb für ein „Pilotprojekt“, um Marburger\*innen zu überzeugen, ihr Auto abzuschaffen. Kritik an den Kosten eines solchen Unterfangens konterte er mit dem Hinweis auf die zahlreichen Subventionen für den PKW-Verkehr. Er verwies auf den Gewinn von Lebensqualität für den Einzelnen wie auch das Gemeinwesen (mehr Fläche ohne PKW; weniger Lärm und Gestank). Für Die Linke bekundete Miguel Sanchez mit Blick auf die Klimakrise die Unterstützung der Vorlage. Allerdings bemängelte er den fehlenden Ausbau des ÖPNV, zu hohe Ticketpreise und bekräftigte die Forderung nach einem Nulltarif. Kritisch merkte er an, dass ein privater Anbieter von dem „Autoabschaffprogramm“ profitieren könne. Mobilität sei auch als kollektive Aufgabe zu betrachten, ein öffentliches CarSharing solle aufgebaut werden. In der weiteren Debatte erhielt das Projekt Unterstützung von Peter Reckling (Die Grünen). Der Ex-Grüne Dietmar Göttling sah die Prämie eher kritisch und Lisa Deißler von CDU/FDP/BfM sagte ein Scheitern des Konzepts voraus.

Als die Debatte schon am Ausklingen war, forderte für Die Linke Jan Schalauske eine Debatte über den nur wenige Tage alten Bürgerentscheid und die Zukunft von Move35 ein. Die Prämie könne beim Thema Verkehrswende „nur ein Bausteinchen sein“. Gleichzeitig sei das Ergebnis des Bürgerentscheids eine bittere Niederlage für die Befürworter der Verkehrswende. Er kritisierte die CDU/FDP/BfM-Fraktion für ihre „faktenfreie Kampagne in Form eines Kulturkampfs für das Auto“, erinnerte an die Kritik seiner Fraktion an der falschen Fragestellung des Begehrens. Schalauske bemängelte allerdings auch die Wankelmütigkeit der Befürworter von Move35, wie etwa die Äußerungen der Grünen Bürgermeisterin Nadine Bernshausen, und bekräftigte die Gültigkeit weiterer Teile des Move-Konzepts, wie es auch Beschlusslage der Stadtverordnetenversammlung sei. Zudem dürfe man, auch wenn das Ergebnis des Entscheids zu akzeptieren sei, die Vielzahl der Menschen, die für Move35 gestimmt haben, nicht übergehen. In der Replik zum Redebeitrag von Schalauske gab sich Jens Seip (CDU/FDP/BfM) versöhnlich und mahnte an, die Spaltung der Stadt in der Frage müsse überwunden werden. Doch hatte die CDU die Stadt mit ihrer Kampagne überhaupt erst auseinanderdividiert. Auch Steffen Rink (SPD) ging mit der CDU und ihrer Rolle scharf ins Gericht.

### **Linke Anträge erfolgreich**

Mit breiter Mehrheit und ohne Aussprache wurden u.a. noch zwei Anträge der Fraktion Die Linke beschlossen. Zum einen haben sich die Stadtverordneten nun eindeutig für einen viergleisigen Ausbau der Main-Weser-Bahn zwischen Kassel und Frankfurt positioniert. Zum anderen schlossen sie sich der Initiative für ein Ende der baustellenbedingten Sperrung des Lahntalradwegs zwischen Nordviertel und Kaufpark an. Darüber hinaus wird auf Antrag der Linken-Fraktion im Juli in den Ausschüssen über die Lage der Beschäftigten am Pharmastandort berichtet, wie die StVV einstimmig beschlossen hat.

Freundliche Grüße von der Fraktion Die Linke

**Renate Bastian, Miguel Sanchez, Jan Schalauske**